Andreas Heinemann-Grüder
Claudia Crawford
Tim B. Peters (Hrsg.)

Lehren aus dem Ukrainekonflikt

Krisen vorbeugen, Gewalt verhindern

Verlag Barbara Budrich

Lehren aus dem Ukrainekonflikt

Andreas Heinemann-Grüder
Claudia Crawford
Tim B. Peters (Hrsg.)

Lehren aus dem Ukrainekonflikt

Krisen vorbeugen, Gewalt verhindern

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2022

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://portal.dnb.de abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Alle Rechte vorbehalten
© 2022 Verlag Barbara Budrich GmbH, Opladen, Berlin & Toronto
www.budrich.de

ISBN 978-3-8474-2555-7 (Paperback)
eISBN 978-3-8474-1702-6 (PDF)
DOI 10.3224/84742555

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de
Titelbildnachweis: Copyright Marko Djurica / Reuters, Donetsk 2015
Typographisches Lektorat: Angelika Schulz, Zülpich
Druck: docupoint GmbH, Barleben
Printed in Europe

Vorwort der Herausgeber

Kein Gewaltkonflikt im euro-asiatischen Raum hat im letzten Vierteljahrhundert die Beziehungen zwischen Russland und den übrigen 56 Teilnehmerstaaten der OSZE mehr beschädigt als der Ukrainekonflikt. Der Ukrainekonflikt war ein Weckruf und ein Katalysator für die Erkenntnis, dass es nicht nur geostrategische Rivalitäten in den internationalen Beziehungen, sondern eine neue Systemauseinandersetzung zwischen offenen und autokratischen Regimen gibt. Der Konflikt beherrscht die Politik der Ukraine, der NATO und der EU in ihrem Verhältnis zu ihrer östlichen Nachbarschaft. Selbst der autokratische Präsident von Belarus und Putin-Verbündete Aleksandr Lukaschenko sah in Russlands Krimannexion eine potenzielle Bedrohung für die Unversehrtheit seines Landes. Die Auseinandersetzung hat gesamteuropäischen Dimensionen. Territorial erstreckt sich der Ukrainekonflikt auf die von Russland annektierte Krim, auf den russisch kontrollierten Teil des Donbass, das Asowsche und Schwarze Meer.

Was bedeutet der Ukrainekonflikt für die Krisenprävention, das Krisenverhalten und die internationalen Beziehungen sowie für den Umgang mit Russland und mit De-facto-Regimen? Diesen Fragen widmete sich eine internationale Tagung im September 2020 in Wien, an der Experten, Diplomaten und (ehemalige) Politiker aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Litauen, Österreich, Polen, Russland, der Schweiz und der Ukraine im Rahmen des „Multilateralen Dialogs“ der Konrad-Adenauer-Stiftung teilnahmen.

Der Kampf um die Deutungen ist Teil des Konfliktes. Vertreter unterschiedlicher Disziplinen, politischer Provenienz und Länder traten einen Schritt zurück und reflektierten, was sie bzw. ihre Organisationen aus dem Konflikt gelernt haben. Ausgewählte und substanziell erweiterte Beiträge der Wiener Tagung finden sich im folgenden Band wieder. Das Buch versteht sich als Anstoß und Einladung zum Lernen aus Krisen, das gleichermaßen für den Ukrainekonflikt, für zwanzig Jahre Afghanistankrieg, zehn Jahre Syrienkrieg und die bald dreißigjährige Existenz der postsowjetischen De-facto-Regime vonnöten ist.

Andreas Heinemann-Grüder, Claudia Crawford und Tim B. Peters

Inhalt

I Der Kampf um (Be-)Deutungen

Andreas Heinemann-Grüder
Außenpolitische Denkschulen und der Ukrainekonflikt……..11

Stefan Meister
Deutschlands Beziehungen zu Russland. Der Ukrainekonflikt: Eine Zeitenwende?.....31

Igor Gretsky
Triebkräfte russischer Außenpolitik.....47

Andreas Heinemann-Grüder, Olena Shevchyk
De-facto-Regime: Nichts hält länger als ein Provisorium 67

II Lehren für das Konfliktmanagement

Alexander Hug
Die OSZE Beobachtermission in der Ukraine.....89

Heinrich Brauß, Erhard Bühler
Schlussfolgerungen der NATO aus dem Ukrainekonflikt…….115

Reiner Schwalb
Konfliktmanagement aus militärischer Sicht…….147

Mariana Budjeryn, Andreas Umland
Schadensbegrenzung. Der Bruch des Budapester Memorandums und nukleare Nichtverbreitung……..165

III Lehren für die internationale Politik

Wolfram Hilz
EU-Krisenmanagement im Ukrainekonflikt: Optionen versus Realitäten……...181

André Härtel
Die Handlungsfähigkeit der EU im Ukrainekonflikt……..203

Łukasz Adamski
Polens Rolle im Ukrainekonflikt.....223

Andreas Heinemann-Grüder
Was lehrt der Ukrainekonflikt?.....239

Autorenverzeichnis.....249

I Der Kampf um (Be-)Deutungen

Außenpolitische Denkschulen und der Ukrainekonflikt

Andreas Heinemann-Grüder

Die Deutung des Ukrainekonfliktes ist geprägt von Rastern, in die das Verhalten der Akteure, namentlich Russlands und der Ukraine, aber auch Reaktionen aus westlichen Staaten, gefügt werden. Erklärungsmuster sortieren, ordnen, rechtfertigen oder denunzieren, und sie leiten Politik an. Oft gründen Erklärungen auf Glaubenssätzen, Ideologien und Mythen, an denen umso beharrlicher festgehalten wird, je weniger sie durch Empirie gedeckt sind. Erklärungen bestätigen dann stereotype Welt- und Selbstbilder. Was lehrt uns der Ukrainekonflikt vor allem über die vorherrschende Sicht auf Russland und auf sein Vorgehen?

Die Wahrnehmungen des russischen (und ukrainischen) Verhaltens im Ukrainekonflikt sind überlagert von - zum Teil extrem widersprüchlichen – Selbstverständnissen in Deutschland, darunter dem Schuldgefühl aufgrund der Verbrechen des 2. Weltkrieges, dem Selbstbild als Brückenbauer zwischen Ost und West oder als Modernisierungs- und Reformmotor, als treues NATO-Mitglied oder als Führungsmacht in der EU, auch als Vertreter des Völkerrechtes und des Multilateralismus, schließlich als Exportnation. Die Selbstbilder bestimmen, wie auf Russland geschaut wird – mal als Gegner, mal als Rivale, mal als Partner. Eine Reflexion über die „Rahmungen“ des Ukrainekonfliktes tut not, um nicht aus Trägheit oder Idiosynkrasie an Metaphern festzuhalten, die das Lernen aus Krisen verhindern.

Paradigmen der internationalen Beziehungen

Bis zur Ukrainekrise betonten die meisten Politikwissenschaftler den Einfluss von Identitäten und imperialen Elitendiskursen auf die Außen- und Sicherheitspolitik in Russland (Tsygankov 2012, S. 695-713; Tsygankov 2012; Mankoff 2011; Trenin 2011; Umland 2011). Die Interpretationen folgten weitgehend konstruktivistischen Paradigmen, d.h. der Erklärung von Verhalten aus der Konstruktion von sozialen Identitäten, Kontexten und gesellschaftlichen Strukturen, wobei die ideellen Konstrukte – Russlands imperiale Selbstbilder, Ethnozentrismus, Slawophilie und Euroasiatismus versus Atlantizismus - weitaus prominenter abgehandelt wurden als innere Herrschaftsstrukturen. Konstruktivistische Untersuchungen fokussierten sich auf die Diskursanalyse,

während die Rekonstruktion der „sozialen“, also auch institutionellen, „Konstruktion“ von Identitäten jedoch merklich dünn ausfiel. Der Konstruktivismus legte nahe, dass Ideen, Selbstbilder, Leitbilder, Werte und Normen das außenpolitische Verhalten Russlands entscheidend prägen und zur Diskursgemeinschaft auch internationale Wertediskurse und die Diffusion von Normen gehören. Der Konstruktivismus verkörperte nicht nur eine Untersuchungsmethode, sondern war auch von Idealismus durchzogen: Wertepräferenzen würden Interessen definieren.

Seit 2014 haben demgegenüber „realistische“ und innenpolitische Ansätze an Prominenz gewonnen, die auf den Großmachtanspruch Russlands, die Renaissance eines bolschewistischen Modus operandi, auf das Null-Summen-Denken und die autoritäre Regression in Russland abheben. Im Kern konkurrieren vier Makro-Erklärungen zu Russlands Verhalten im Ukrainekonflikt: eine offensive, eine defensive, eine situative und eine innenpolitische Interpretation. Ich werde im Folgenden die Reichweite und Erklärungskraft der jeweiligen Argumente und die daraus abgeleiteten Politikoptionen diskutieren.

Offensive Interpretation

Der Neorealismus als Interpretationsschema erlebte seit dem Ukrainekonflikt eine Renaissance, ihm zufolge prägen Anarchie, Großmachtpolitik, abgrundtiefes Misstrauen, das Primat des Regimeüberlebens und von strategischen Interessen die internationalen Beziehungen. Für offensive Neorealisten gilt dies unabhängig von der inneren Verfasstheit von Staaten, Großmächte seien egozentrisch und strebten unersättlich nach Macht und Sicherheit (Mearsheimer 2001; Snyder 2002, S. 149-173). Völkerrechtliche Normen seien nur von der Machtkonstellation und den je aktuellen Interessen abhängige Notbehelfe. Folgt man dem offensiven Neorealismus, dann ist das russische Verhalten die Kulmination einer Rivalität, die sich aus dem wachsenden Widerstand gegen ein unipolares System, aus der Integrationskonkurrenz zwischen EU und Russland im postsowjetischen Raum und aus dem Ende von Rüstungskontrolle sowie wechselseitiger militärischer Machtprojektion aufbaute.

Einig sind sich die offensiven Deutungen darin, dass Russland keine Status quo-Macht ist, sondern expansionistisch und nicht an möglichen Kooperationsgewinnen interessiert, weil es sich von der euro-atlantischen Welt abgewendet hat, den Statusverlust nach dem Ende der Sowjetunion revidieren und den postsowjetischen Raum als eine exklusive Einflusssphäre behaupten möchte. Der Konflikt mit „dem Westen“ besteht demzufolge nicht über Strategien und Mittel, sondern über inkompatible Präferenzen: Wer ist Vormacht im euro-asiatischen Raum?

Russland vertritt in der offensiven Interpretation Interessen an regionaler Hegemonie, an Errichtung der Euro-Asiatischen Wirtschaftsunion gegen die EU und die NATO und an einer heiligen Allianz autoritärer Regime gegen „farbige Revolutionen". Putin nutzt folglich das Fehlen einer schlagkräftigen EU-Außen- und Sicherheitspolitik, ihre innere Zerrissenheit, die Spaltungen zwischen der EU und den USA, die mangelnde Bereitschaft der NATO, Sicherheitszusagen jenseits eigener Mitglieder zu machen, und die westliche Schockstarre angesichts russischer Atomwaffen. In einer weiter gefassten Sicht spiegelt die russische Politik den Aufstieg neuer Mächte, die die US-Hegemonie revidieren möchten. Mit Putins Politik würde sich eine neue multipolare Weltordnung ankündigen, eine Umorientierung Russlands auf Bündnisse mit anti-westlichen Staaten.

Putin, so eine historisierende Deutung, betreibt imperiale Politik, die die ehemalige Sowjetunion als Sphäre betrachtet, welche es politisch, wirtschaftlich und militärisch zu beherrschen gilt (Mankoff 2009). Russlands Außenpolitik steht demnach in einer expansiven zaristischen bzw. sowjetischen Tradition (Ragsdale 1993). Imperiales Denken, entweder in restaurativer Gestalt oder als eurasisches Reich, ist in der Tat von einer Randerscheinung in den 1990er Jahren zum festen Bestandteil des öffentlichen Diskurses in Russland avanciert (Umland 2009). Doch in welchem Maße imperiale Fantasien den Vollzug von Außen- und Sicherheitspolitik - nicht nur den Diskurs darüber - bestimmen, bedarf eines Nachweises.

Präsident Putins Einlassungen erschweren eine Abschätzung des offensiven Charakters der Absichten des von ihm vertretenen Regimes. Er bemüht ein Amalgam aus jenen Normen, Werten und rhetorischen Figuren, die der Westen selbst hoch hält – das Völkerrecht, das Primat der Vereinten Nationen, die Freiheit des Business und den Freihandel statt politischer Sanktionen. Putins Rede changiert zwischen der Ermahnung, sich an das Völkerrecht zu halten, und der Selbstlegitimation durch den Kosovokrieg der NATO - mit der impliziten Botschaft, dass Russland nun auch tun könne, was es dem Westen jahrelang vorhielt (Putin 2014). Putins öffentliche Rede wechselt ständig zwischen der Rolle des machiavellistischen Zynikers und des Moralisten. Als Zyniker attackiert er westliche Einmischung, um sie dann selbst massiv zu praktizieren.

Es ist schwer zu entscheiden, welche Beweggründe originär, welche nur Propaganda sind. In die Rechtfertigungen russischer Machtprojektion mischen sich eklektisch Elemente der Slawophilie, des Ethnonationalismus, des Etatismus, des Eurasismus und des Anti-Amerikanismus. Insbesondere der Eurasismus artikuliert Befürchtungen, europäischen Mustern folgen und sich einer westlichen Militärordnung unterwerfen zu müssen (Smith 1999, S. 481-500; O`Loughlin et al. 2005, S. 322-335). Der Eurasismus entwickelt Bilder vom starken russischen Staat und seinem Großmachtstatus, in einigen Varianten ist er pragmatisch, in anderen zivilisatorisch, als Elitendiskurs jedoch vor allem ein emotionaler Ruf nach Status-Anerkennung (Rangsimaporn 2006, S. 371-

389). Das Selbstbild als Großmacht, die Staatsfixierung, die supranationalen Ansprüche der Orthodoxie, die verschwommene Grenze zwischen dem russischen Staatsvolk und dem russischen Ethnos, die Wiederbelebung zaristischer und sowjetischer Traditionsbestände und bisweilen die Rede vom Kulturkampf gegen westliche Einflüsse prägen die Selbstbilder russischer Eliten. Doch der rückwärtsgewandte Eklektizismus erweckt vor allem den Eindruck, dass die politischen Entscheidungsträger sich abgrenzen wollen, von Feinden umzingelt sehen und das Fehlen einer Zukunftsvision für Russland zu kaschieren trachten: Retro-Zukunft anstelle von Zukunft.

Putins Bestreben, gegenüber den Verflechtungen mit dem Westen Autarkie zu gewinnen, die Russen im „Nahen Ausland" politisch zu mobilisieren und eine NATO- oder EU-Ausdehnung zu verhindern, ist nicht identisch mit einer imperialen Ambition. Imperien weiten gemeinhin ihre Macht auf territoriale Räume aus, über die sie keine Souveränität genießen, und sie erlangen in einer oder mehreren Domänen, z.B. der Wirtschaft, Politik oder Kultur, eine hegemoniale Stellung, um daraus Nutzen zu ziehen. Die nostalgische Klage über die Auflösung der Sowjetunion ist nicht gleichbedeutend mit einem Streben nach deren Wiedererrichtung. Zugunsten einer offensiven Lesart russischen Außenverhaltens spricht am ehesten die autoritäre Regression: Die zunehmende Gewalt der russischen Führung nach innen, die präventive Konterrevolution und Solidarisierung mit autokratischen Regimen erhöht die Gefahr von Gewaltanwendung nach außen.

Die russische Regierung nutzt Gelegenheiten, testet Grenzen aus, ist statusfixiert und projiziert seine militärische Macht, ist aber, im Unterschied zur Sowjetunion, opportunistisch bei der Wahl seiner Bündnispartner, sie scheut die Kosten eines Imperiums und fungiert mitnichten als politische, wirtschaftliche oder militärische Ordnungsmacht. Russland hält bedrängte Regime in Abhängigkeit, ihm fehlen aber, sieht man von der ungleichen Partnerschaft mit China ab, strategische Bündnispartner. Russland ist eine potente Vetomacht, aber keine Gestaltungsmacht.

Die russische Führung ist sich, aller Rhetorik zum Trotz, der begrenzten eigenen Ressourcen bewusst und, sieht man vom militanten Anti-Liberalismus ab, nicht ideologisch motiviert. Dies spricht gegen eine offensive Lesart, die eine „russische Gefahr" hypostasiert. Russland annektierte die Krim und intervenierte im Donbass, weil es dies ohne nennenswerte Gegenwehr konnte. Der Krieg gegen Georgien (2008) und ab 2014 in der Ukraine lässt sich folglich nicht auf eine Bedrohung für die baltischen Staaten oder Polens, geschweige denn eine offensive Strategie gegenüber der NATO hochrechnen. Eine offensive Strategie gegenüber NATO-Staaten gibt es nicht – das putinsche Regime ist, im Unterschied zum Nationalsozialismus, mitnichten suizidal.

Defensive Interpretation

Putin reagierte in der defensiven Variante des Neorealismus auf eine vorgängige Expansion des Westens, d.h. die Erweiterung der NATO, der EU, auf die Nichtakzeptanz von russischen Sicherheitsinteressen und Einflusssphären und die mangelnde Bereitschaft der EU, ihre Assoziierungspolitik mit Russland abzustimmen. Putin imitiere nur das Beispiel westlicher Missachtung des Völkerrechtes beim Sturz unliebsamer Amtsinhaber, so die defensive Lesart. Dass eine mangelnde Selbstbindung der USA Gegenmächte heraufbeschwört und dazu führe, dass die USA das Ringen um „Herzen und Köpfe" verliere, ist von defensiven Realisten früh vermutet worden (Walt 2002, S. 121-154; Walt 2005, S. 105-120). Der Ukrainekonflikt ist demnach Ausdruck einer geopolitischen Auseinandersetzung, die vom Westen initiiert und infolge des „unipolaren Momentes" nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation forciert wurde (Brooks; Wohlforth 2005, S. 72-108). Putin wäre kaum eine andre Wahl geblieben, als auf westliche Missachtung zu antworten (Hacke 2014, S. 40-47). Der Ukrainekonflikt ist in dieser Sicht Folge einer Hybris der EU (gemessen an ihren Kapazitäten), einer Selbstüberschätzung der NATO (gemessen an ihrer Handlungsfähigkeit) und des Rückzugs der USA (gemessen an ihrem Anspruch als „unverzichtbare Nation").

Russlands Verhalten im Ukrainekonflikt hätte, folgt man einer defensiven Sicht, verhindert werden können (Mearsheimer 2014). Hätte der Westen nicht die NATO erweitert, nicht die Kriege im Kosovo, im Irak, in Libyen geführt, nicht die Opposition in Syrien unterstützt und stattdessen Russlands „legitime Interessensphären" geachtet, so die Unterstellung, dann wäre die Konfrontation vermeidbar gewesen. Der Westen ist demnach schuld an Putin. Das russische Verhalten reagiere auf die Änderung des Status quo durch den Westen, und zwar mit dem Ziel, den Status quo zu erhalten. Russland suchte demnach nicht die Konfrontation, sondern reagierte, nachdem seine Konzessions- und Kooperationsbereitschaft nicht honoriert und als Schwäche ausgelegt wurde. Russland konnte in der defensiven Lesart nur durch unmissverständliche Selbstbehauptung Glaubwürdigkeit zurück erlangen (Quackenbusch 2011, S. 746f.).

Das Eskalationsverhalten Russlands wäre somit nicht nur Ausdruck der Kritik an der unipolaren Welt und am vermeintlichen Ersatz der UNO durch die NATO und die EU, wie schon seit längerem von Präsident Putin beklagt (Putin 2007), sondern eine militärische Bekräftigung des eigenen Status. Das russische Bemühen, im Konzert der BRICS-Staaten, insbesondere mit der verstärkten Hinwendung zu China, ein Gegengewicht zur politischen, militärischen und wirtschaftlichen Dominanz des Westens zu schaffen, entspricht dieser Deutung (Umland 2015).

Russlands wirtschaftlicher Druck auf die Ukraine im Vorfeld der Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens, insbesondere die „politischen" Preise für Gaslieferungen an loyale Nachbarn, hatten die begrenzte Hebelwirkung russischen Drucks demonstriert (Shleifer/Treisman 2012, S. 130). Kurz nach dem EU-Gipfel in Vilnius, auf dem der ukrainische Präsident Janukowytsch die Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen verweigerte, erklärte Štefan Füle, seinerzeit Erweiterungskommissar der EU: „...once you adopt a policy and stick to it, Russia changes its policy and becomes a pragmatic partner. I am afraid that Yanukovych blinked too soon" (Dempsey 2013).· Die EU-Erweiterungsstrategen gingen davon aus, dass die Kosten einer Konflikteskalation so hoch seien, dass Russland sich der Assoziierung der Ukraine fügen würde. Da die deklaratorische und wirtschaftliche Abschreckung einer EU-Assoziierung jedoch nicht fruchtete, steigerte Russland demnach sein reaktives Verhalten zu militärischer Eskalation.

Die reaktive Sicht deckt sich weitgehend mit dem von Russlands außenpolitischen Eliten verbreiteten Bild. „Die unipolare Welt ist einfach ein Mittel, um eine Diktatur über Menschen und Länder zu rechtfertigen", erklärte Putin Ende Oktober 2014. Die USA setzten als Gewinner des Kalten Krieges das Völkerrecht und die „checks and balances" der Nachkriegsordnung außer Kraft, sie hätten in Afghanistan, im Irak, in Libyen und in Syrien interveniert, um einen militärischen Regimewechsel zu erreichen, als Ergebnis aber Staatszerfall und internationalen Terrorismus erhalten, so Putin (Meeting Valdai International Discussion Club 2014).

Entgegen dem frühen Bekenntnis Putins zu einer qualifizierten Kooperation mit den USA – auch gegen interne Widersacher – haben einseitige Entscheidungen der USA, folgt man der defensiven Sicht, eine kumulative Enttäuschung bewirkt. Demnach zieht sich eine Linie von der Aufkündigung des ABM-Vertrages durch US-Präsident Bush (2001) über den Irakkrieg (2003) und die zweite Runde der NATO-Erweiterung (2004) hin zur Nicht-Ratifizierung des angepassten Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) und bis zur Förderung „farbiger Revolutionen" im postsowjetischen Raum, dem militärischen Regimewechsel in Libyen (2011) und der militärischen Unterstützung der Opposition gegen Präsident Assad in Syrien (Donaldson et al. 2014[5], S. 362-418.).

Während der westliche Interventionismus die russischen Entscheidungsträger desillusionierte, aber pragmatische Zusammenarbeit nicht ausschloss, traf demnach erst die Ausdehnung westlicher Organisationen in postsowjetische Staaten den Kern des russischen Machtanspruches. Mit der möglichen Aussicht auf NATO-Basen in der Ukraine und der Integration der Ukraine in den EU-Wirtschaftsraum war folglich eine „rote Linie" überschritten. Vladimir Lukin, Putins Sondergesandter für die Vermittlung eines Kompromisses zwischen dem Präsidenten Janukowytsch und dem „Maidan" (20./21.2.2014), argumentiert: „Die verhängnisvollste Rolle spielte und spielt leider der Westen.

Er versucht, mit EU und NATO die frühere Trennlinie in Europa zu verschieben - und zwar von der Elbe bis vor die Tore von Smolensk an unsere Westgrenze. Gleichzeitig schließt der Westen Russland aus diesem angeblichen Sicherheitssystem aus. Die Doktrin, Russland seiner historischen Einflusszone zu berauben, der Ukraine und am besten noch Weißrusslands, hat sich leider durchgesetzt gegenüber der Pariser Erklärung von 1990." (Lukin 2015). Lukin benennt keinen Wendepunkt, doch er bestätigt implizit, dass die Flucht von Janukowytsch aus Kiew den Auslöser dafür lieferte, von wirtschaftlichem Druck auf die Unterstützung der gegen-revolutionären Kräfte („Anti-Maidan") umzustellen. Es war demnach der schwarze Schatten der Zukunft, der Russland veranlasste, auf massive Gegenwehr umzuschwenken – eine Deutung, die älteren Argumenten des „strukturellen Realismus" entspricht (Waltz 2000, S. 5-41).

Die Umwertung des Ukrainekonfliktes zu einem Fundamentalkonflikt ist der defensiven Lesart zufolge eine Reaktion auf die Grenzen des ursprünglichen Pragmatismus: Putin hatte sich im „Krieg gegen Terror" auf die Seite der USA gestellt, akzeptierte den NATO-Russland-Rat, rebellierte vergleichsweise mild gegen die NATO-Erweiterung um die baltischen Staaten und auf die amerikanische Aufkündigung des Anti-Raketen-Vertrages. Im Falle der EU-Assoziation der Ukraine könnte sich hingegen der Eindruck einer Missachtung vitaler Interessen Russlands durchgesetzt haben (Larson; Shevchenko 2010, S. 63–95). Erst vor dem Hintergrund des gewaltsamen Konfliktes in der Ostukraine zeigte sich die EU wiederum bereit, zahlreiche Bestimmungen des im Juni 2014 unterzeichneten „vertieften Freihandelsabkommens" mit der Ukraine bis zum 1.1.2016 auszusetzen und mit Russland trilateral zu verhandeln:[1] Die Krimannexion bewirkte, was vorherige Drohungen nicht hatten bewirken konnten.

Zwischen der EU-Assoziation und Moskaus militärischer Aggression besteht allerdings kein zwingender Zusammenhang. Russlands Verhalten ist mitnichten durch die „Struktur" der internationalen Beziehungen oder das Verhalten der EU determiniert worden, es waren vielmehr russische Perzeptionen (künftige Bedrohungen oder die Krim als günstige Gelegenheit), Ideen („Russen heim ins Reich") und Kalküle („der Westen bellt, aber beißt nicht"), die das Entscheidungsverhalten bestimmten. Grundsätzlich erkannten sowohl defensive als auch neoklassische Realisten schon vor dem Ukrainekonflikt, dass „Strukturen" das konkrete Verhalten nicht determinieren (Rosecrance 2001, S. 132-154; Taliaferro 2000/01, S. 128-161; Brooks/Wohlforth 2000/2001, S. 5-53; Rose 1998, S. 144-172). Und trotzdem hält sich das Narrativ von „der Westen ist schuld" beharrlich unter Vertretern der extremen Rechten wie der alten Linken und vermeintlichen „Friedensfreunden", die in der Ablehnung „des Westens" vereint sind.

[1] EU will Putin entgegenkommen, in: Süddeutsche Zeitung, 12.9.2014.

Dass Russland das Völkerrecht missachtete, war eine Entscheidung der Moskauer Führung, die weit über den strittigen Freihandel mit der EU hinausging. Eine angemessene Reaktion auf Auswirkungen des Freihandels zwischen der Ukraine und der EU hätte in der Erhöhung der Importzölle für Waren aus der Ukraine bestehen können. Das Argument der „Exklusion" wiederum trifft zwar auf die NATO und die EU zu, aber Russland wollte mitnichten in beide Organisationen aufgenommen werden, und die „gemeinsame" OSZE sah die Moskauer Führung selbst gar nicht als Organisation kollektiver Sicherheit an. Russland war Mitglied der G-8 und ist Mitglied der G-20 sowie selbstgewählter Allianzen – der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit -, schließlich ist es ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates. Russland legte gegen den Entwurf einer breit gestützten UN-Sicherheitsratsresolution, der die territoriale Integrität der Ukraine beschwor, sein Veto ein.[2] Eine Internationalisierung des Ukrainekonfliktes lag also gerade nicht im russischen Interesse. Auch wenn sie triftige Argumente vorbringen kann, blendet die defensive Interpretation den aktiven, ko-konstitutiven Part der russischen Außen- und Sicherheitspolitik aus.

Russland hatte vielfach Gelegenheit, seine Positionen im UN-Sicherheitsrat, in der OSZE, im NATO-Russland-Rat, bei den G-8-Treffen, in der G-20, in den Verhandlungen mit der EU und bilateral (z.B. auf den Deutsch-Russischen Regierungskonsultationen und im Petersburger Dialog) vorzutragen. Es war Russland, dass das Angebot der EU, der Nachbarschaftspolitik beizutreten, zurückwies. Die EU wiederum hatte der Ukraine gerade keine Mitgliedschaft in Aussicht gestellt. Und auf dem Bukarester NATO-Gipfel vom 3.4.2008 hatte die NATO zwar erklärt, dass Georgien und die Ukraine Mitglieder der Allianz würden,[3] doch beim Treffen der NATO-Außenminister vom 3.12.2008 war nur noch von Unterstützung für die Aspiranten die Rede, ein *Membership Action Plan* und damit eine konkrete NATO-Beitrittsperspektive war auf deutsches und französisches Drängen hin zurückgewiesen worden.[4] Russland wurde also nicht grundsätzlich ausgeschlossen, sondern es erhob Anspruch auf Sonderbehandlung, es beharrte auf einer Statuspräferenz – Russland „auf Augenhöhe" mit dem Rest der Welt - und auf Einflusssphären.

Folgt man der defensiven Lesart, nämlich dem begrenzten Ziel Russlands, die NATO-Erweiterung zu stoppen und durch die Stützung der Separatisten im Donbass Vetomacht zu erlangen, dann hat Putin sein defensives Ziel mit dem Minsk-II-Abkommen vom 12.2.2015 erreicht, er wäre mit der Etablierung eines abhängigen Regimes in der Ostukraine und einem dauerhaften Instrument

2 UN Security Council Action on Crimea Referendum Blocked, 15 March 2014, https://news.un.org/en/story/2014/03/464002-un-security-council-action-crimea-referendum-blocked.

3 www.nato.int/cpps/en/natolive/official_texts_8443.htm.

4 www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_46247.htm.

der Destabilisierung saturiert. Die Ukraine kann absehbar kein NATO-Mitglied werden.

Für eine defensive Sicht spricht, dass Russlands Verhalten nicht autistisch ist, sondern mit westlichem Verhalten interagiert. Der defensive Neorealismus lenkt den Blick auf Wechselwirkungen, er betont multipolare Machtverhältnisse, Verteilungskonflikte, die Bedeutung von Fehlperzeptionen, das Misstrauen und die Furcht anstelle aggressiver, unilateraler Nutzenmaximierung (Jervis 1999, S. 48f.). Für die defensive Lesart spricht zudem, dass eine Konfliktregelung misslang, weil übergreifende Normen und negative Reputationsfolgen keinen bändigenden Einfluss ausübten, Institutionen eine geringe Rolle spielten und eine souveräne Autorität fehlte, die Vereinbarungen hätte durchsetzen können.

Die defensive Sicht ist gleichwohl unbefriedigend. Sie erklärt nicht, ob das russische Verhalten durch den antizipierten Statusverlust im postsowjetischen Raum oder Russlands Erwartungen, seine geopolitische Kultur und Innenpolitik bedingt ist, aus der die Wahrnehmung der EU-Orientierung der Ukraine als Angriff auf vitale Interessen erst resultierte. Die vorgetragene russische Bedrohungswahrnehmung wird gleichsam für bare Münze genommen. Eine unmittelbare, geschweige denn existentielle, Gefährdung Russlands bestand nicht, bestenfalls die Antizipation eines strategischen Einflussverlustes. Zudem erklärt die defensive Sicht nicht die Handlungskalküle und die Entscheidungsketten. Sie versäumt vor allem zu belegen, worin denn ein „Gleichgewicht“ bzw. Interessenausgleich mit Russland hätte bestehen sollen. Darüber hinaus erklärt sie nicht den Zeitpunkt des russischen Strategiewechsels, sie unterstellt vielmehr, dass allein westliche Maßnahmen das Sicherheitsdilemma heraufbeschworen.

Situative Eskalation

Für einen vorab existierenden Meisterplan für die Krimannexion und die Donbass-Sezession gibt es keine hinreichenden Belege. Erste Anzeichen für eine entsprechende Option sind seit September 2013 erkennbar. Indizien sprechen dafür, dass die Krimannexion und der Versuch, dieses Szenario in der Ostukraine zu imitieren, einem situativen Kalkül entsprangen, in dem Putin existierende Planspiele aktualisierte und die Eskalationsdominanz auf seiner Seite wähnte. Der frühere Kremlberater Gleb Pawlowsky äußerte Ende März 2014, dass es einen ausgearbeiteten Plan „lange zuvor“ gegeben habe, der im Generalstab seit Jahren aufbewahrt worden sei (zitiert nach Kravtsova 2014). Freilich gehörte Pawlowsky seit 2011 nicht mehr zur russischen Präsidialverwaltung. Der früheste Hinweis auf eine mögliche Krimannexion ist die Drohung von Putins Wirtschaftsberater Sergej Glasew bei einem Treffen ukrainischer,

europäischer und russischer Politiker am 21.9.2013 in Jalta, wonach Russland im Falle der Vertragsunterzeichnung mit der EU nicht länger den Status der Ukraine als Staat garantieren und es zugunsten pro-russischer Regionen intervenieren könne, wenn diese Moskau darum bäten (Walker 2013). Das Wall Street Journal berichtete Ende März 2014, dass US-Geheimdienste das Weiße Haus im Dezember 2013 erstmals über ein russisches Interesse an Anschluss der Krim informiert hätten (Entous et al. 2014).

Das russische Militär hatte die Fehler des Georgienkrieges analysiert und probte Kriegsszenarien im postsowjetischen Raum mit Manövern. Generalstabschef Gerasimow entwickelte die Konzeption unkonventioneller Kriegsführung, die die Grenze zwischen Krieg und Frieden, zwischen Innen und Außen und zwischen Rechtsbruch und legalistischem Gebaren flexibel verschiebt (Gerasimow 2014). Doch nach den vorliegenden Informationen wurde die Entscheidung über die Krimannexion erst im Umfeld des Sturzes von Präsident Janukowytsch getroffen. Laut Putins Einlassungen ein Jahr nach der Annexion traf sich der russische Sicherheitsrat am 22. und 23.2.2014, um die Rettung des flüchtigen ukrainischen Präsidenten zu organisieren und die Krim einzuverleiben.

Der Westen hatte 2008 (Georgienkrieg) auf rote Linien verzichtet und unternahm nichts, um auf das russische Militärprotektorat über georgische Territorien zu reagieren. Nach 2008 wurde die Rede von der strategischen Partnerschaft und der Modernisierungspartnerschaft so fortgesetzt, als ob kein Anschluss Südossetiens und Abchasiens stattgefunden hätte. Putin konnte auf westliche Konfliktvermeidung bauen. Dies dürfte Putin ermuntert haben, die Grenzen des militärischen Agierens im Falle der Ukraine hinauszuschieben – eine Politik, die davon ausging, dass der Westen den Abgrund mehr fürchtet als er selbst. Mit der Eskalation konnte Putin der ukrainischen Regierung vorführen, wie wenig seine westlichen Partner das Land unterstützen und wie bedeutungslos die NATO jenseits ihres Bündnisgebietes ist. Gleichwohl fehlten Planungen, wie die Krim und der Donbass nach der Annexion bzw. der Sezession verwaltet und ökonomisch stabilisiert werden sollten. Improvisation, der Verlust öffentlicher Sicherheit und wachsende Unzufriedenheit der Separatisten über die russische Regierung folgten.

Putins Rede von der Zugehörigkeit von „Neurussland“ zu Russland annoncierte in 2014 eine mögliche Landnahme über die selbsternannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk hinaus, und dies würde der offensiven Lesart entsprechen.[5] Doch nachdem das Neurussland-Projekt mehr Kosten verursachte als potenzielle Gewinne versprach, wendete sich die russische Propaganda ab Frühjahr 2015 davon wieder ab – ein weiterer Beleg für situative statt strategisch-offensive Kalküle.

[5] Putin: Vostok Ukrainy – eto Novorossija, kotoruju bol’sheviki zachem-to otdali Ukraine, 17.04.2014, fakty-ictv.ua/ru/index/view-media/id/59686.

Radikalisierung der Innenpolitik

Die These von der Fortsetzung der Innenpolitik durch Außenpolitik gilt für Demokratien, die durch innere Legitimationszwänge gebändigt werden, aber auch für autoritäre Staaten, die auf Bündnispartner und innere Vetomächte wenig Rücksicht nehmen. Für eine innenpolitische Erklärung spricht, dass es in Russland weniger kollektive Führung als zu Sowjetzeiten gibt, potenzielle Vetomächte marginalisiert sind und der militärisch-industrielle Komplex zu einer reservierten Domäne avancierte. Das putinsche Regime befindet sich demnach in einem Prozess fortschreitender Selbstradikalisierung, und zwar infolge der selbst geschaffenen Überlebenszwänge. Putins Regime sieht sich folglich nicht durch die EU-Orientierung der Ukraine, sondern durch die Krise des „weichen Autoritarismus", durch ein mögliches Überschwappen von Protesten von der Ukraine und Belarus bedroht. Am Ende des Liberalisierungsexperiments unter Präsident Medwedew (2008-2012) standen unkontrollierbare Liberalisierungserwartungen und Massenproteste, eine mögliche Infektion mit derselben Legitimationskrise hatte schon 2011/12 Panik hervorgerufen.

Die Informationspolitik des russischen Sicherheitsrates ist spärlich, doch vor den Wendepunkten – der Krimannexion, der offenen Unterstützung der Sezessionisten, den Minsker Waffenstillstandsabkommen – traf sich stets der Sicherheitsrat.[6] Der Kreis der relevanten Entscheidungsträger hat sich signifikant verengt, selbst das Kabinett scheint nur noch begrenzt dazuzugehören. Folgt man der innenpolitischen Sicht, dann sind es Putin und seine Sicherheitsapparate, die eine präventive Konterrevolution im Innern und außenpolitisch Revisionismus betreiben, freilich aufgrund fehlender „checks and balances" mit einem hohen Maß an Voluntarismus. Putins aggressive Außenpolitik ist dann Ausdruck einer nationalistischen Integration, um von den Ursachen für den Niedergang des russischen Petro-Staates und für die gescheiterte Modernisierung abzulenken.

Der Kreis derjenigen, die von Patronage und Klientelismus profitieren, verengt sich, damit wächst der innere Systemdruck. Es ist jedoch gerade die Mischung aus Patronage und Klientelismus, repressiven Sicherheitsapparaten und Integration durch Militarisierung, die das Überleben von Autokraten selbst im Angesicht tiefer Regimekrisen sichert (Levitsky/Way 2012, S. 869-889).

Die Abgrenzung vom Westen, die mediale Kriegspropaganda und der Zuwachs an Autonomie nationalistischer Gruppen ist durch den Ukrainekrieg forciert worden. Gegenüber dem „moderaten Konservatismus" unter Präsident Medwedew hat sich die nationalistische Agitation und Propaganda während der dritten und vierten Amtszeit Putins zu einem umfassenden Kampf gegen innere und äußere Feinde ausgeweitet. Die Staatsvergottung und die Behaup-

6 www.scrf.gov.ru/persons/sections/6/.

tung eines russischen Sonderweges, der kulturelle Nationalismus, die Politisierung der Orthodoxie und die Betonung einer eigenen Zivilisation sowie die politisch-mediale Instrumentalisierung von Freund-Feindbildern bestärken sich wechselseitig (March 2009). Das putinsche Regime befindet sich mithin in einer Radikalisierungsdynamik, die aus endemischen Konflikten und selbst gewählten Konfliktstrategien resultiert und der es sich nur zum Preis eines Gesichts- und Legitimationsverlustes entziehen kann (Heinemann-Grüder 2014, S. 77–85). Das eklatante Missverhältnis zwischen dem Selbstbild und den begrenzten Regimefähigkeiten ziehen folglich aggressives Außenverhalten nach sich.

Politische Optionen

Je nach zugrunde liegendem Paradigma lassen sich drei Optionen gegenüber Russland unterscheiden (sieht man von rechtspopulistischen Allianzen oder Bündnissen der extremen Linken mit Putins Regime ab). Vereinfacht gesprochen handelt es sich um einen entspannungspolitischen, einen „realistischen" und einen regimetransformierenden Ansatz. Der entspannungspolitische Ansatz kombiniert Annahmen des Konstruktivismus mit dem Paradigma des defensiven Realismus, er setzt auf Wandel durch Annäherung. Der offensivrealistische Ansatz optiert für Eindämmung und Abschreckung, der regimetransformative geht davon aus, dass sich Russlands Außen- und Sicherheitspolitik nur infolge eines Regimewandels ändern wird.

Zentrales Motiv für Entspannung und Dialog mit Russland ist die Befürchtung, dass externe Kritik, Eindämmung oder Abschreckung nur russische Feindbilder verstärken, damit den Hardlinern Argumente liefern und eine militärische Konflikteskalation befördern. Vertreter der Entspannungspolitik plädieren für Dialog, Empathie, die Akzeptanz Russlands als Partner, für Nichteinmischung, unpolitische Wirtschaftsbeziehungen (Wandel durch Handel) bzw. eine Konzentration auf gemeinsame Interessen (Kaim et al. 2015; Platzeck 2020). Der Beschwichtigungspolitik liegt die Annahme zugrunde, dass Putin umso entgegenkommender (entspannter) agiert, je mehr ihm zugestanden wird, was er verlangt. Dem entspannungspolitischen Ansatz liegt eine selbstgewählte Rolle als Psychotherapeut an Russlands gekränkter Seele zugrunde, freilich ohne dass Russlands Führung um solche Therapie nachgesucht hätte, insofern handelt das Herangehen zuvörderst vom Selbstbild der Advokaten, nicht des „Patienten" oder „Klienten".

Die Vertreter der Entspannung operieren auf der Grundlage eines „defensiv-realistischen" und zugleich konstruktivistischen Paradigmas: Russland fühle sich bedrängt; würde ihm therapeutisch entgegengekommen, die Anerkennung und der gewünschte Einfluss gewährt, würde es gleichsam den Grund

für aggressives Verhalten verlieren. Dem Plädoyer für Dialog liegt eine Psychopathologisierung russischen Verhaltens zugrunde. Konträre Interessen, entgegengesetzte Werte und antagonistische Ordnungsvorstellungen werden gleichsam zu einem Problem der Fehlwahrnehmung und vergifteter Kommunikation umgedeutet.

Das Plädoyer für Entspannungspolitik ist jedoch nicht so unschuldig und wohlmeinend, wie es vorgibt. Es ist eine Variante des alten sowjetischen Konzepts der „friedlichen Koexistenz" – im Kern eine Abgrenzung von Interessensphären und eine Form der Gleichgewichtspolitik. „Friedliche Koexistenz" bedeutet, Russland den postsowjetischen Raum als Herrschaftssphäre zu überlassen. Die Vertreter der Entspannungspolitik bleiben so dem Paradigma des Kalten Krieges verhaftet, weil sie von unverrückbaren Einflusssphären ausgehen und annehmen, dass größere Mächte (konkret: Russland, die USA und Deutschland) über das Schicksal kleinerer Staaten (das „Zwischen-Europa") wie zu Zeiten der Pentarchie im 19. Jahrhundert entscheiden könnten. Das Votum für Entspannung bzw. friedliche Koexistenz mit Putins Russland behandelt die Ukraine wie einen Satellitenstaat, den Großmächte so aufteilen können, wie es mit Polen auf dem Wiener Kongress 1815 geschah. Die Argumente zugunsten einer Entspannung mit Putin weisen zudem verblüffende Ähnlichkeiten zu jenen Vertretern der britischen Appeasement-Politik von 1933-39 auf, die meinten, Hitler durch Entgegenkommen, Abrüstung und Toleranz gegenüber Völkerrechtsbruch zähmen und so den Frieden erhalten zu können (Bouverie 2019).

Die heutigen Vertreter der Entspannungspolitik verdrängen deren historische Voraussetzungen ab Ende der 1960er Jahre, nämlich den Konflikt zweier politisch, ökonomisch, gesellschaftlich und militärisch antagonistischer Blöcke, die wechselseitige Bedingtheit von Abschreckung und Entspannung, den Primat der sowjetischer Interessen gegenüber Ostmitteleuropa und das Zugeständnis eines *cordon sanitaire* an die Sowjetunion. Schließlich gehört zur Bilanz der historischen Entspannungspolitik die Anerkennung einer für unabänderlich gehaltenen autoritären Herrschaft. So wie die polnische Gewerkschaft „Solidarność" (ab 1980) das Geschäftsmodell der Beschwichtigungspolitiker aushebelte, so waren bzw. sind Demonstrationen des Euro-Maidan in der Ukraine, in Belarus oder in russischen Städten der Gegenwart eine Bedrohung des - auch pekuniären - Elitenpaktes mit dem Autokraten Putin. Die vermeintlich „konstruktive" Form der Kommunikation, die von Vertretern der Entspannungspolitik angemahnt wird, offenbart sich letztlich als klassische Gleichgewichtspolitik, wenn etwa Egon Bahr für eine strategische Partnerschaft mit Russland als Akt der Emanzipation von den USA plädierte (Bahr 2015: 95).

Eindämmung und Abschreckung

„Offensive Realisten“ argumentieren entweder fatalistisch oder sie rufen zu Gegenwehr auf. Dialog ist demzufolge nicht möglich, weil Putin lügt und betrügt, weil er pokert, nicht Quartett spielt. Folglich wäre es Zeit, sich robust, d.h. auch militärisch, auf noch schlimmere Gewalt einzustellen und die von Putins Regime ausgehende Gefahr einzudämmen und abzuschrecken. Eindämmungspolitik zielt darauf, einem weiteren Ausgreifen, etwa durch Sanktionen, Einhalt zu gebieten. Für den Fall einer erneuten Eskalation der Gewalt könnte das bestehende Sanktionsregime i.d.T. um Export-, Import- und Finanzsanktionen erweitert werden. Der Westen würde keine Schwäche zeigen, die Sanktionsfront bliebe geschlossen. Teil der Eindämmung wäre es, den Status quo nicht militärisch revidieren zu wollen. Der Eindämmung entspräche, die Abhängigkeit der EU von Gaslieferungen aus Russland durch Diversifizierung der Importe und durch eine Substitutionspolitik zu überwinden. Schließlich würde Eindämmung bedeuten, künftigen EU-Assoziierungskandidaten politische, wirtschaftliche und militärische Hilfestellungen für den Fall russischer Intervention zu geben.

Abschreckung ginge über Eindämmung hinaus, zugleich markiert sie die Grenze der Bereitschaft zur Eindämmung. Die NATO würde signalisieren, wo eine „rote Linie“ verläuft, bei deren Überschreiten das militärische Ungleichgewicht zwischen Russland und der Ukraine vermindert würde und für den Fall erneuter russischer Kampfhandlungen erkennbare, glaubwürdige und damit abschreckende militärische Gegenreaktionen einsetzten. Abschreckung könnte z.B. in einer robusten internationalen Friedensmission bestehen, dem internationalen Schutz der ukrainischen Grenze, in der Lieferung von Panzerabwehrwaffen, von Flugabwehrraketen, in Überwachungsdrohnen, militärischer Ausbildung, der Entsendung von Militärberatern bis hin zu einem *Membership Action Plan* der NATO.

Der Logik der Abschreckung entspricht allerdings, dass die NATO einer direkten Konfrontation mit Russland aus dem Weg geht, d.h. die Vermeidung von militärischen Zusammenstößen im Zweifelsfall gegenüber dem Beistand für die Ukraine oder dessen territorialer Integrität obsiegt. Weil Putins Russland über Atomwaffen verfügt, wurde und wird es nie wie Slobodan Milošević, nicht wie Saddam Hussein, nicht wie Muammar al-Gaddafi behandelt. Abschreckung steht unter dem Damoklesschwert atomarer Erpressbarkeit. Abschreckung ist damit auch eine Form der Selbstbindung.

Systemwandel

Wenn die entscheidende Triebkraft für Russlands Außenverhalten in der Innenpolitik liegt, kann kooperative Außen- und Sicherheitspolitik nur durch einen Regimewandel erwartet werden. Ein autoritäres Regime wie jenes, das unter Putins Herrschaft aufgebaut wurde, benötigt allerdings das Feindbild des Westens, die äußere Spannung und periodisch Krisen zum Zwecke des inneren Machterhalts. Modernisierung und Liberalisierung bedrohen das auf Patronage und Klientelismus basierende Regime. Eine Regimeöffnung wird folglich erst dann wahrscheinlich, wenn anstelle der negativen Integration durch Nationalismus und Krieg sich die Aufmerksamkeit der Gesellschaft und der modernisierungsbereiten Teile der Elite wieder auf die Defizite des Regimes richtet. Am weitreichendsten wäre eine Politik, die auf Regimewandel in Russland setzt.

Ein Systemwandel in den autoritären Nachfolgestaaten der Sowjetunion muss nüchtern mit eigenen Kapazitäten sowie gegen Gefahren der Destabilisierung abgewogen werden. Niemand kann garantieren, dass nach Putin eine liberale oder gar demokratische Regierung an die Macht kommt. Externe Ansatzpunkte für Demokratieförderung sind begrenzt. Demokratischer Wandel kann ohnehin nur von innen wachsen, muss Mehrheiten finden und durch Parteien und Eliten gestützt werden, nur dann bieten sich hinreichend Ansatzpunkte.

Glaubwürdige Signale

Einige Lehren des Ukrainekonfliktes sind offensichtlich, andere umstritten. Es gibt fundamentale Konflikte mit Russlands Führung über die Achtung von Menschen- und Bürgerrechten, die Souveränität der Staaten in seiner Nachbarschaft und deren Recht, selbständig über ihre außen und bündnispolitische Orientierung zu entscheiden sowie über den Respekt des Völkerrechts. Der Ukrainekonflikt hat das politische Regime Russlands zur Kenntlichkeit gebracht: Seine autoritäre Innenpolitik ist die entscheidende Triebkraft seiner Außenpolitik. „Der Westen“ befindet sich in einem Systemkonflikt mit Russland.

Die russische Politik ist so offensiv, wie es ihr ermöglicht wird, und defensiv, wenn es um sein autoritäres Überleben geht. Russlands Führung ist einem epistemischen Kokon verfangen, der aus dem Missverhältnis zwischen einem ambitioniertem Selbstbild und der Unfähigkeit resultiert, auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts andere als sowjetische Antworten zu finden. Die